

Zur finanziellen Lage der Kommunen

von Gerhard Frey, Fraktion Junges Freiburg/Die Grünen

Die Steuerschätzung im Mai 2010 hat es auf den Punkt gebracht: Bis zum Jahr 2013 muss mit Mindereinnahmen von 39 Milliarden Euro von Bund, Ländern und Gemeinden gegenüber den bisherigen Steuerprognosen gerechnet werden. Erst im Jahr 2013 wird das Steuereinnahmenniveau von 2008 wieder erreicht sein.

Die Steuermindereinnahmen treffen besonders auch die chronisch unterfinanzierten Kommunen. Allein in den Jahren von 1992 bis 2009 haben die Kommunen ein zusätzliches Defizit von 35 Mrd. angehäuft. Dieses Defizit wurde entweder über die Veräußerung von städtischem Tafelsilber oder über neue Schulden ausgeglichen. Die Steuermindereinnahmen bis 2012 werden die kommunale Verschuldung weiter erhöhen.

Das ganze finanzielle Dilemma der Städte und Gemeinden wird über die Entwicklung der Kassenkredite deutlich. 1992 benötigten sie noch rund 1,2 Mrd. € „Dispositions kredite“ auf ihren Konten, um ihren laufenden Verpflichtungen nachzukommen. 2008 waren es bereits 29,8 Mrd. €. Kommunale Kassenkredite werden benötigt, wenn der reguläre Kreditrahmen der Städte zur Finanzierung ihrer Ausgaben ausgeschöpft ist und nicht mehr weiter erhöht werden darf.

Die Baden-Württembergischen Kommunen sind gezwungen, ausgeglichene Haushalte vorzulegen. Unerwartet hohe Steuereinnahmen retteten Freiburg 2006 davor, als erste Stadt Baden-Württembergs ihre Ausgaben nur noch mit Genehmigung des Regierungspräsidiums tätigen zu können. Oberhausen z. B. bewirtschaftet seinen Haushalt seit Jahren unter der Fuchtel der Kommunalaufsicht. Obwohl die Vorgaben der kommunalen Oberaufsicht in NRW als lax gelten, sind die Folgen in der Stadt überall sichtbar. Auch wenn der Süden Deutschlands weniger unter der finanziellen Misere leidet als der Norden und

Osten, wird es angesichts der drastischen Steuermindereinnahmen nicht mehr lange dauern, bis auch hier Kommunen unter Zwangsverwaltung gestellt werden, mit den dann sichtbaren Folgeerscheinungen.

Was ist zu tun? Betrachtet man zuerst die Ausgabenseite der Kommunen, dann wird deutlich, dass nur noch in wenigen Feldern Einsparungen möglich sind. Wie bereits in den letzten Jahren in Freiburg praktiziert, versuchen nun auch andere Kommunen ihre Aufgaben effektiver und mit weniger Personal zu erledigen. Die Grenzen werden hierbei jedoch schnell sichtbar, solange Kommunen bürgernah und dienstleistungsorientiert sein wollen und die Bürgerbeteiligung hoch halten.

Die andere beliebte Einsparquelle sind die kommunalen Investitionen. Sogar im Einnahmenspitzenjahr 2009 lagen sie mit knapp 24 Mrd. Euro immer noch ein Drittel unter den Investitionen von 1992. Die gewaltigen Investitionen in Freiburg in Schulen und Infrastruktur dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass in vielen Kommunen die finanzielle Misere an allen Ecken und Enden greifbar wird: undichte Schuldächer, gesperrte Brücken, Löcher im Asphalt der Straßen. Das weitere Aufschieben notwendiger Sanierungen ist nicht anderes als eine Hypothek auf die Zukunft.

Längst sind die Zeiten vorbei, in denen Kultureinrichtungen großzügig mit zusätzlichem städtischem Geld bedacht wurden oder in denen großzügig das Netz sozialer Dienstleistungen ausgebaut werden konnte. Und das wird auch in den nächsten Jahren so bleiben.

Keinen Spielraum haben die Kommunen aber bei ihre Pflichtaufgaben. Die Zahl der Personen, deren Mieten die Kommunen übernehmen müssen, nimmt zu. Trotzdem sinkt der Bundesanteil an den Kosten der Unterkunft von 29,1% im Jahr 2005 auf 23,6% im Jahr 2010. Freiburg allein gibt im Jahr hierfür ca. 38 Mill. Euro aus.

Der Ausbau der Kinderbetreuung und qualitative Verbesserungen haben in Freiburg den Etat von 2003 bis heute von ca. 25 Mill. € auf über 42 Mill. € angewachsen lassen. Vor allem Kommunen mit wachsenden Kinderzahlen wie Freiburg werden ohne zusätzliche Steuermittel die Erwartungen der Eltern an Kinderbetreuungsleistungen nicht erfüllen können.

Die Dramatik der kommunalen Haushalte wird auch auf der Einnahmenseite sichtbar. Die Gewerbesteuer ist immer noch zu stark konjunkturabhängig. Die Schwankungsbreite muss durch eine stärkere Substanzbesteuerung der Unternehmen verringert werden und gleichzeitig ist es nicht einsehbar, dass Einkünfte vieler Freiberufler, wie z. B. Anwälte und Ärzte, gar nicht der Gewerbesteuer unterliegen. Die Kommunen, die über die Hebesätze die Höhe der Gewerbesteuer festlegen, haben mit 400 bis 460 Punkten ihre Spielräume weitgehend ausgeschöpft. Wenn die Steuerdifferenz zwischen benachbarten Kommunen zu stark differiert, riskieren Gemeinden mit hohen Steuerquoten immer, dass erfolgreiche Firmen in die Nachbarschaft ausweichen.

Ähnlich ausgereizt sind die Spielräume bei der Grundsteuer. Hebesätze von 600 wie in Freiburg sind kaum weiter steigerbar. Eine seit langem geforderte Änderung bei der Bemessung der Einheitswerte wird von Bund und Land konsequent von Jahr zu Jahr verschoben.

Den Städten und Gemeinden droht in den nächsten Jahren weiteres Ungemach. So plausibel die Forderung nach Abbau von Subventionen in den Ohren der Bürger klingt, so katastrophal können die Konsequenzen für die Kommunen sein. Die Straßenbahnlinie vom Vauban über den Rotteckring zur Messe wird zu 85 % durch Subventionen des Bundes und des Landes finanziert. Die

MELDUNGEN

Sommerfest bei Grüns

Samstag, den 19. Juni 2010 ab 15.00 Uhr im Garten der Waldorfschule Wiehre in der Wonnhalde Kind und Kegel, Verwandtschaft, Freunde und Nachbarn sind herzlich willkommen! Über Kuchen-, Salat-, und Dessertspenden freuen sich alle. Anfahrt:

Straßenbahn Linie 2 Richtung Günterstal, Haltestelle „Wonnhalde“; Fahrrad Richtung Waldhaus, kurz hinter dem Vereinsheim Wonnhalde

Green Team wieder am Start – wer radelt mit?

Die GRÜNEN in Freiburg machen sich nicht nur für den Radverkehr stark, sie zeigen auch Stärke auf dem Rad und am Berg. Am 18. Juli 2010 findet bereits zum vierten Mal in Folge das Schauinsland-Bergzeitfahren statt. Die Rennstrecke führt zwischen dem Bohrer und der Passhöhe auf 11,5 km und ca. 750 Höhenmeter hinauf. Allerdings ist der „schlimmste“ Streckenabschnitt bereits ca. 700 m nach dem Start überwunden. Mehr Infos unter <http://www.schauinslandkoenig.de> Wer mitfahren würde, sollte sich baldmöglichst per mail an Andreas im Büro wenden: kv@gruene-freiburg.de

Mithilfe erwünscht!

Ein engl. Professor, der über die Green City Freiburg schreiben möchte, sucht für den Zeitraum von Mitte September bis Mitte November eine Unterkunft in Freiburg (Haus oder Wohnung mit Balkon). John Whitelegg j.whitelegg@btinternet.com.

Impressum

Herausgeber: Bündnis 90/ Die Grünen, Kreisverband Freiburg, Haslacher Str. 61, 79115 Freiburg, Tel.: 0761 / 70 12 14, Fax: 0761 / 7 54 05 kreisverband@gruene-freiburg.de <http://www.gruene-freiburg.de> Postbank Karlsruhe, BLZ 66010075, Kto.: 117568-751 Auflage: 460 Exemplare Druck: Tilia-Druck Freiburg V.i.S.d.P.: Carsten Drecoll c/o Bündnis 90/Die Grünen Redaktion und Satz: Carsten Drecoll, Mitarbeiter dieser Ausgabe: Gerhard Frey (Fraktion Junges Freiburg/Die Grünen), Kerstin Andreae, Carsten Drecoll, Axel de Frenne

Schülerbeförderung mit öffentlichen Verkehrsmitteln wird durch das Land bezuschusst. Ohne Landeswohnraumförderprogramm könnte sich Freiburg den Bau preiswerter Wohnungen schlicht nicht mehr leisten. Der Europäische Sozialfonds ESF finanziert mit nicht unerheblichen Anteilen Fördermaßnahmen für kaum noch in den ersten Arbeitsmarkt vermittelbare Arbeitslose. Diese Liste ließe sich endlos fortsetzen. Die Diskussion um den Abbau von Subventionen ist richtig, man muss aber bei jeder Einzelentscheidung

abwägen, was man damit politisch erreichen will.

Welches Fazit lässt sich nun aus grüner Sicht ziehen:

Es bedarf einer grundlegenden Reform der Kommunalfinanzen mit dem Ziel, Städte und Gemeinden finanziell zu entlasten. Bund und Land können nicht weiterhin Lasten auf die Kommunen abwälzen, ohne sie hierfür ausreichend finanziell auszustatten und sie müssen einen höheren Anteil am kommunalen Sozialetat abdecken.

Ja zu Europa, Ja zur Solidarität

Das Krisenmanagement der Bundesregierung beim Rettungspaket für Griechenland war katastrophal. Das lange Zögern der Bundeskanzlerin bedeutet für die deutschen Steuerzahler milliardenschwere Risiken, denn die Nothilfe für Griechenland ist während ihres Zauderns durch Spekulanten weiter in die Höhe getrieben worden. Wegen der NRW-Wahl und weil die Finanzhilfen unpopulär sind, hat Angela Merkel gehofft, sich ohne klare Positionierung über den Wahlsonntag retten zu können. Das ist nicht aufgegangen – gut so! Bei solchen wichtigen Fragen über die Zukunft Europas dürfen partei- und wahltaktische Erwägungen keine Rolle spielen.

Der Euro ist eine große politische und ökonomische Errungenschaft. Er hat die Wirtschaft und die Menschen näher zusammengebracht und das vereinte Deutschland fest in Europa integriert. Alle Euro-Länder haben von der gemeinsamen Währung stark profitiert. Deshalb sind die Finanzhilfen ein Gebot europäischer Solidarität. Sie sind aber auch ein Gebot ökonomischer Vernunft. Der Großteil der deutschen Exporte geht in die Eurozone. Wenn ein Euro-Land zahlungsunfähig würde, würde dies auch den Betrieben und Arbeitsplätzen hierzulande schaden. Durch die Nothilfe hat Griechenland jetzt Zeit gewonnen, um seine Staatsfinanzen zu gesunden. Und die Griechen nutzen diese Chance. So hat sich Griechenland gegenüber dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und den Euro-Staaten zu einem Sparprogramm verpflichtet, das in seiner Größenordnung einzigartig ist. Der Erfolg dieser griechischen Reformen hängt aber auch davon ab, dass sie nicht in sozialer Schieflage umgesetzt werden. Gerade

die Vermögenden haben in Griechenland in den letzten Jahren kaum Steuern gezahlt. Entscheidend ist, dass es dem griechischen Staat gelingt, dies wirklich zu ändern, ohne dass Griechenland jetzt in eine starke und lang anhaltende Rezession abgleitet. Aber auch die anderen „Wackelkandidaten“ in der EU müssen gezielt Maßnahmen gegen Korruption, Steuerhinterziehung, Klientelwirtschaft und öffentliche Verschwendung treffen. Dem Rettungspaket für Griechenland folgte keine zwei Wochen später das gigantische Finanzpaket von 750 Mrd. Euro zur Stabilisierung der europäischen Währung und damit der Aufbau eines europäischen Stabilisierungsfonds – von den Grünen grundsätzlich unterstützt. Aber zu viele Fragen sind ungeklärt, der Zeitdruck fragwürdig. In der Fraktion haben wir in einer langen und intensiven Debatte darüber gestritten, ob wir dennoch diesem Maßnahmenpaket zustimmen, oder ob wir mit einer Enthaltung deutlich machen, dass wir mit dem Verfahren der Bundesregierung nicht einverstanden sind. Mehrheitlich wurde die zweite Variante präferiert.

Jetzt wird sich zeigen, ob Europa eine Zukunft hat. Die aktuelle Krise macht deutlich, dass eine Währungsunion ohne eine Wirtschaftsregierung im Sinne einer funktionierenden wirtschaftspolitischen Koordinierung und Steuerung nicht funktionieren kann. Dies ist ein entscheidender Mangel der bisherigen Euro-Zone und der Europäischen Union. Allein das Schlagwort von mehr Koordinierung reicht nicht aus. In wichtigen Fragen der Steuer- und Wirtschaftspolitik brauchen wir eine stärkere Harmonisierung von Standards in der EU.

Kerstin Andreae MdB

Neuer Vorstand gewählt, bisheriger Vorstand teilweise entlastet

Auf der Jahreshauptversammlung am 18. Mai wurde der Kreisvorstand neu gewählt. Sprecher sind Hannegret Bauß und Claude Kuhnen. In den erweiterten Vorstand wurden Catharina Grassauer und Anna Schmid sowie Timothy Simms und Jochen Hefer gewählt. Kassierer ist erneut Jürgen Beiler.

Neben den Wahlen der Parteigremien stand der politische Rechenschaftsbericht des alten Kreisvorstands im Mittelpunkt, den Hannegret Bauß vortrug.

Die Amtsperiode der letzten 15 Monate war durch die Wahlen – Gemeinderat, Europäisches Parlament, Bundestag und Oberbürgermeister – geprägt. Die Wahlkämpfe waren mit großem Engagement vieler Mitglieder geführt worden. Plakate, Infostände, neue Veranstaltungen wie das Grüne Kino oder „Bei Andreae“, aber auch die Arbeit von KPR und Wahlkampfkommission sind hier zu nennen. Als politische Erfolge lassen sich anführen: Bei der Kommunalwahl sind die Grünen wieder stärkste Fraktion geworden, Franziska Brandner hat den Einzug ins Europäische Parlament geschafft. Bei der Bundestagswahl konnte Kerstin erste Erfolge für ihre Erststimmekampagne verbuchen. Und Dieter Salomon wurde im ersten Wahlgang als OB wiedergewählt.

Dennoch war Wahlkampf nicht das einzige Thema. Vor allem den Arbeitskreisen ist es zu verdanken, dass interessante und wegweisende inhaltliche Impulse vom Kreisverband ausgingen. An erster Stelle sind hier der AK Bildung und die Initiative „Eine Schule für alle“ zu nennen. Daneben sind der AK Energie mit seiner Veranstaltung zu Desertec sowie der AK Verkehr hervorzuheben.

Die Mitgliederzahlen haben sich seit März 2009 ebenfalls positiv entwickelt, von 416 auf 440, und vor allem die Grüne Jugend ist kräftig gewachsen. Die Betreuung der Neumitglieder soll weiter intensiviert werden. Das vorgestellte Organigramm und ein „Wer ist wer?“ des Kreisverbandes wurden vorgestellt.

Die politische Entlastung wurde daher mit großer Mehrheit erteilt. Gerne hätte die Versammlung auch die finanzielle Entlastung vorgenommen. Leider war es aber bei der Vorbereitung der Unterlagen zu einer Verwechslung der Dateien gekommen, weshalb die Jahreshauptversammlung am 1. Juli um 20.15 (im Schützen) fortgesetzt wird. Vor allem wegen der hohen Spenden im OB-Wahlkampf steht der KV auch in dieser Hinsicht gut da.

Carsten Drecoll

Speaker's Corner

Historischer Sieg für britische Grüne

von Axel de Frenne

Bei den britischen Unterhauswahlen haben die Grünen zum ersten Mal ein Parlamentsmandat errungen. Damit ist Großbritannien das letzte der großen EU-Länder, in denen die Grünen ins nationale Parlament eingezogen sind. Man muss sich vergegenwärtigen, dass bei den britischen Unterhauswahlen das reine Mehrheitswahlrecht gilt. Das ist so wie Bundestagswahlen nur mit Erststimme, im Bundestag also nur Wahlkreisabgeordnete. Während die britischen Grünen bei den Europawahlen mit Verhältniswahlrecht durchaus 10 % der Stimmen erzielen, haben sie bei Unterhauswahlen bisher jeweils nur etwa 1 % der Stimmen bekommen, weil die Wähler davor zurückschrecken, ihre Stimme einem Kandidaten zu geben, der „ohnehin keine Chance“ hat, den Wahlkreis zu gewinnen. Wegen dieser schwierigen Ausgangssituation haben sich die britischen Grünen nur auf wenige aussichtsreiche Wahlkreise konzentriert, vor allem aber auf den Wahlkreis im südenglischen Seebad Brighton. Brighton ist das englische Freiburg, gilt als Ökohauptstadt. Dort haben die Grünen mit über 100 Freiwilligen und viel Parteigeld aus ganz Großbritannien einen beispiellos intensiven Wahlkampf mit großer Mobilisierung geführt: fast täglich ein neues Flugblatt in alle Haushalte, viele, viele Plakate, Hausbesuche und Veranstaltungen und die Parteivorsitzende als Kandidatin. Nur durch diesen extrem konzentrierten Einsatz war der Erfolg möglich: 31 % für die grüne Kandidatin, gut 2 % vor der zweitplatzierten Labour-Kandidatin. Wir gratulieren!

„Finanzmarktkrise – und jetzt? Anleger im Spannungsfeld zwischen Banken und Politik“

18. Juni 2010, 19:30, Gasthaus Schützen

Auf dem Podium: Dr. Gerhard Schick MdB, finanzpolitischer Sprecher der grünen Bundestagsfraktion, Dr. Eckhard Benner, Referent Verbraucherpolitik der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg e.V., Wilfried Münch, Filialleiter der GLS Bank in Stuttgart, Lothar Rösch, Leiter der Abteilung Private Banking bei der Sparkasse Freiburg-Nördlicher Breisgau
Moderation: Reinhold Pix zusammen mit dem KV Freiburg

Thementag „Weinland Baden – quo vadis 2020?“ 24. Juni 2010

14 Uhr Besichtigung spezieller Weinbergslagen, Treffpunkt WG Glottertal (Anmeldung bitte an 0761-71154 oder buero@reinhold-pix.de 19:30 Podiumsdiskussion in der WG Glottertal)

Auf dem Podium: Dipl. Ing. Peter Wohlfarth, Geschäftsführer des Badischen Weinbauverband e.V., Dr. Volker Jörger, Staatliches Weinbauinstitut Freiburg, Dr. Franz Höchtl, Dipl. Agrarbiologe am Institut für Landespflanzung der Uni Freiburg, Paulin Köpfer, Geschäftsführer von ECOVIN BADEN, Udo Opel, Geschäftsführer der WG Glottertal
Moderation: Reinhold Pix MdL, Weinbaupolitischer Sprecher der grünen Landtagsfraktion und Inhaber des Weinguts Pix in Ihringen, zusammen mit dem KV Breisgau-Hochschwarzwald

AK-AnsprechpartnerInnen

AK Bildung: Birgit Woelki, Tel. 701323

AK Energie:
Michael Berger, miberger@gmx.net

AK Europa:
Hannegret Bauß Tel. 2022320
Hannegret.Bauss@gruene-freiburg.de

AK ÖKRA (Öko-Agrarpolitik)
Harald Wurm, Tel.: 32846,
haraldwurm@gmx.com

AK Kultur: Maria Viethen, Tel. 36073

AK Integration
Ibrahim Sarialtin
ibrahimsarialtin@hotmail.com

AK Wirtschaft und Soziales
Sabine Lübke:sabine.luebke@googlemail.
com, Tel. 0761-76 71 205

AK Verkehr
Andreas Hoffmann 0761-701214
kv@gruene-freiburg.de

AK Frauen- und Geschlechterpolitik
Nina Wehner, Catharina Grassau
ninawehner@hotmail.com;
catharina.silke.grassau@pluto.uni-freiburg.
de

PG Gesundheit
Adelheid Hepp: adelhepp@gmx.de

Grüne Jugend Freiburg
Orlando Zaddach: Orlando.Zaddach@gmx.
de

Grüne Hochschulgruppe:
Anna Schmid: Schmid-Anna@gmx.de

Green Team-Fußballmannschaft
Tel. 55 36 76, per@klabundt.de

Unsere Abgeordneten

Wahlkreisbüros:
Haslacher Str. 61, 79115 Freiburg

Kerstin Andreae, MdB
Mitarbeiter: Martin Kranz-Badri
Tel. 8886713 Fax 8886714
kerstin.andreae@wk.bundestag.de

Edith Sitzmann, MdL
Mitarbeiterin: Nadyne Dittmann
Tel. 702102 Fax 0761-75405
sitzmann@gruene-freiburg.de

Reinhold Pix, MdL
Mitarbeiterinnen: Daniela Evers, Trudis
Fisch, Tel.: 71154 Fax 71159
buero@reinhold-pix.de

Franziska Brantner MdEP
Mitarbeiterin: Anna Schmid,
Schwarzwaldstraße 194
79117 Freiburg
Tel.: 0761 - 6117386
buero.brantner@gmx.de

Infos und Pressemitteilungen aus der Fraktion:

<http://www.jf-gruene.de/presse>

Dort findet Ihr auch die Pressemitteilungen zum Thema Bildung!

Postvertriebsstück / PVSt, Deutsche Post AG, "Entgelt bezahlt", E 1351

Fortsetzung der Jahreshauptversammlung 2010

Am Donnerstag, den 1. Juli 2010 wird um 20.15 Uhr (!) im Gasthaus Schützen die JHV fortgesetzt.

Auf der Tagesordnung stehen der Finanzbericht und die Entlastung des Vorstandes. Dem Beschluss der JHV vom 18. Mai folgend findet zuvor, am 30. Juni, eine Sitzung des KPR statt.

Einladung zur Mitgliederversammlung

Zu unserer MV am Mittwoch, den 16. Juni, lädt Euch der Kreisvorstand ganz herzlich ein. Sie findet wie üblich statt um 19.30 Uhr, im Gasthaus Schützen. Zu Gast auf unserer Mitgliederversammlung wird Winfried Kretschmann sein, der Fraktionsvorsitzende unserer Grünen Landtagsfraktion. Er wird eine „Tour d'horizon“ durch die Landespolitik machen und natürlich für Fragen der Mitglieder zur Verfügung stehen.

Weiterhin möchte der Vorstand auf dieser MV eine Satzungsänderung beschließen lassen, um den Kreisparteirat um weitere zwei Basismitglieder (von 6 auf 8 Mitglieder) zu erweitern. Diese sollen anschließend gewählt werden. Außerdem sind 6 Delegierte zu wählen, die den Kreisverband beim Landesausschuss am 26.6. in Mannheim vertreten. Thema auf dem LA werden die Kommunal Finanzen sein. Wir hoffen auf eine rege Beteiligung!

Termine

Datum	Veranstaltung	Ort
Di., 08.06. 19 Uhr	AK WiSo	Grünes Büro
Mi., 16.06. 19.30 Uhr	Mitgliederversammlung	Gasthaus Schützen
Fr., 18.06. 19.30 Uhr	Finanzkrise und jetzt?	Gasthaus Schützen
Di., 22.06. 19 Uhr	AK WiSo	Grünes Büro
Di., 29.06. 20 Uhr	AK Energie	Grünes Büro
Do., 24.06 18 Uhr	Umbruch im Iran - Aufbruch oder Diktatur?	Jackson Pollock Bar
Do., 01.07. 20.15 (!)	Jahreshauptversammlung II	Gasthaus Schützen

Die Grüne Hochschulgruppe trifft sich regelmäßig an jedem 1. und 3. Donnerstag im Monat um 20 Uhr im U-Asta (Belfortstr. 24).

Die Grüne Jugend trifft sich an jedem 2. und 4. Donnerstag im Monat. Den Ort und den genauen Termin der Treffen der Grünen Jugend sowie weitere Infos zur Grünen Hochschulgruppe und der Grünen Jugend findet Ihr auf deren Homepage www.gj-freiburg.de

Abkürzungen:

AK = Arbeitskreis; BDK = Bundesdelegiertenkonferenz; Büro = Termin findet im Grünen Büro statt; GR = Gemeinderatssitzung; KV = Kreisverband; LDK = Landesdelegiertenkonferenz; LGS = Landesgeschäftsstelle (Forststr. 93 in Stgt.); LT = Landtag (Haus der Abgeordneten, Konrad-Adenauer Str. 12 in Stgt.); MV = Mitgliederversammlung; PG = Projektgruppe